

# „Wir wollten nicht den Wahlzettel eintätowieren“

Aus der Landtagsdebatte zum LINKEN Gesetzentwurf „Aktives Wahlrecht ab 16 Jahren“

**Einen Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE für das aktive Wahlrecht mit Vollendung des sechzehnten Lebensjahres hat der Thüringer Landtag in seiner Sitzung am 22. Mai beraten. Auszüge aus dem Plenarprotokoll:**

**Martina Renner, DIE LINKE:**

(...)In vielen Bundesländern gilt heute bereits ein aktives Wahlrecht ab 16 Jahren. Wir schlagen Ihnen mit unseren Gesetzentwürfen vor, diese Diskussion aufzunehmen und auch den jungen Menschen hier in Thüringen eher das Wahlrecht einzuräumen. Es geht uns um einen ganz konkreten Schritt, den wir, wenn er bei der Wahl im nächsten Jahr zur Anwendung kommen soll, jetzt gehen müssen. (...)

**Jörg Kellner, CDU:**

(...) Sie haben Angst, die nächste Wahl hier nicht mehr vertreten zu sein, und brauchen jede Stimme.

(Zwischenruf Bodo Ramelow, DIE LINKE: Der war gut.)

(...) Es gibt ja auch in der Gesellschaft gute Gründe dafür, dass man mit 16 Jahren noch nicht alles machen darf. Zum Beispiel wenn man einen körperlichen Eingriff will oder wenn man eine Tätowierung machen will, das geht mit 16 nicht, da braucht man die Zustimmung.

(Bodo Ramelow: Wir wollten nicht den Wahlzettel eintätowieren.)

Das Jugendstrafrecht sagt das ja auch, das wird ausgedehnt, bis zum 21. Lebensjahr wird das angewandt, weil man der Auffassung ist, dass derjenige, der die Tat verursacht hat, sich nicht vollumfänglich der Folgen bewusst war.

(Dr. Johanna Scheringer-Wright, DIE LINKE: Aber Wählen ist doch kein Verbrechen.) (...)

Ich habe jetzt mehrere Sozialstunden gemacht, 10. Klasse, wo es auch

um Politik ging. Da habe ich die Jugendlichen gefragt, was sie genau von diesem Thema halten, Wahlrecht mit 16. Was denken Sie, was die mir geantwortet haben? Sie fühlen sich nicht reif, haben die gesagt. Sie fühlen sich nicht reif, eine so weitreichende Entscheidung zu treffen.

(Astrid Rothe-Beinlich, GRÜNE: Dafür haben wir auch genug Ältere, die sich nicht reif genug fühlen, eine Wahlentscheidung zu treffen.)

So was gibt es auch. (...)

**Dirk Bergner, FDP:**

(...) Es gibt nicht wenige Leute gerade auch im mittleren Alter, die aus welchen Gründen auch immer politisch frustriert oder völlig desinteressiert sind. Deswegen meinen wir, politische Reife und Entscheidungsfreiheit am Alter festmachen zu wollen, trifft nicht den Kern der Sache. (...)

**Matthias Hey, SPD:**

(...) Wir sympathisieren tatsächlich mit diesem Anliegen, aber es gibt in der Koalition bestimmte Spielregeln, die wir in dieser Form auch nicht zu brechen gedenken. Das ist eine vollkommen normale Geschichte und deswegen habe ich mich auch gefragt, warum dieser Antrag jetzt kommt.

(Bodo Ramelow: Weil wir mit euch nicht in der Koalition sind.)

(...) aber dann seien Sie doch mal froh, Herr Ramelow, dass beispielsweise die SPD sich so genau an Verträge hält, wie wir es jetzt im Moment auch tun. Und das schätzt auch unser Koalitionspartner an uns, ja ist so.

**Dirk Adams, B 90/DIE GRÜNEN:**

(...) Der Witz an der ganzen Sache ist, dass es in diesem Haus eine Mehrheit dafür gibt. Alle progressiven Parteien, zu denen gewöhnlich die FDP immer gehört, zu denen normalerweise DIE LINKE gehört, zu denen natürlich

die GRÜNEN gehören und manchmal sogar die SPD, alle Parteien sind der Meinung, dass dieses Wählen mit 16 jetzt angezeigt ist. Die einzige Fraktion in diesem Thüringer Landtag, die das nicht will, ist die Fraktion der CDU, meine sehr verehrten Damen und Herren, und das muss benannt werden.

**Katharina König, DIE LINKE:**

(...) Ich finde es sehr schade von der SPD, dass sie sich dem sozusagen verweigert aus einem vermeintlichen

(Matthias Höhn, SPD: Das ist doch Kindergarten, das ist schon oft genug gesagt worden.)

Koalitionszwang heraus. Ich habe gesehen und ich glaube nicht nur ich, sondern auch andere, dass der Druck, der durch die Opposition ausgeübt wurde in anderen Themen, dazu geführt hat, dass sich die SPD in der Koalition zumindest auch in Teilen durchsetzen konnte. Insofern ...

(Matthias Höhn: Glauben Sie.)

(Matthias Höhn: Das bestimmen immer noch wir selbst.)

Zumindest ist es bei uns in der Fraktion DIE LINKE so und ich glaube, das kann ich auch für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklären, die alte Regel, die Hoffnung stirbt zuletzt, haben wir zumindest nicht aufgegeben, was die Umsetzung des Wahlalters, die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 anbelangt, und das auch nicht bei Ihnen, bei der SPD-Fraktion. Ich möchte da mal ganz kurz einen Ihrer herausgehobenen Politiker zitieren, Sie feiern ja 150. Geburtstag. Willy Brandt hat 1969 im Bundestag gesagt: „Wir wollen mehr Demokratie wagen (...)“

(...)

Zum Schluss der ersten Lesung verweigerte die Koalitionsmehrheit dem Gesetzentwurf der Linksfraktion die Überweisung zur Ausschussberatung.

## VON A BIS Z:

### Schulsozialarbeit

Die Thüringer Sozialministerin Heike Taubert (SPD) hat angekündigt, im Rahmen eines Landesprogramms 200 Schulsozialarbeiter im kommenden Schuljahr in Thüringen zu fördern. Die Linksfraktion, die sich seit Jahren für mehr Schulsozialarbeiter einsetzt, hat dies begrüßt. Dank gebühre insbesondere der Ministerin, die sich in der Koalition für die Mitteleinstellung stark gemacht hat. „Lobenswert ist dabei auch, dass das Programm keine Zufinanzierung durch die größtenteils klammen Kommunen benötigt und somit Schulsozialarbeit unabhängig von der kommunalen Finanzlage umgesetzt werden kann“, so MdL Katharina König.

Gleichzeitig sei es aber „sehr schade, dass diese Mittel über 2014 hinaus nicht gesichert sind“, sagte die Jugendpolitikerin und betonte: „Leider sind CDU und SPD unserem Vorschlag in der Haushaltsdebatte, für die Jahre nach 2014 zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen vorzusehen, nicht gefolgt.“ Jetzt hoffe sie aber, dass alle Kreise und kreisfreien Städte diese Mittel für Schulsozialarbeit auch in Anspruch nehmen, so die Abgeordnete weiter.

Katharina König kündigte an: „Die LINKE wird sich dafür einsetzen, dass auch künftig das Landesprogramm entsprechend dem Bedarf finanziell unteretzt ist und es weiterhin keiner Zufinanzierung der Kommunen bedarf. Dabei erwarten wir entsprechende Unterstützung in der kommenden Legislatur auch durch andere Fraktionen.“

## WICHTIGE TERMINE

### Landtagssitzungen:

Nachdem der Thüringer Landtag vom 19. bis 21. Juni tagen wird, finden die letzten Plenarsitzungen vor der Sommerpause vom 10. bis 12. Juli statt.

### Thüringentag:

Am Thüringentag in Sondershausen vom 7. bis 9. Juni beteiligt sich im Rahmen der Landtagspräsentation, die am Parkplatz am Schwan zu finden ist, auch die Fraktion DIE LINKE mit einem Informationsstand. Abgeordnete der Linksfraktion werden zudem an verschiedenen öffentlichen Diskussionsrunden teilnehmen.

**Weitere aktuelle Informationen zur Arbeit der Linksfraktion im Thüringer Landtag:**

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

## Wahlumfrage

Nach einem Bericht des Freien Wortes sieht eine Wähler-Umfrage im Auftrag der CDU die Partei in Thüringen bei 43 Prozent. Im Mai seien insgesamt 1012 Thüringer von der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen befragt worden. Die SPD sei in der Umfrage auf 23 Prozent gekommen, die Linke auf 14 Prozent und die Grünen auf 10 Prozent. Die FDP würde den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde nicht schaffen. Nach dem Zeitungsbericht sind laut LINKE-Chef Knut Korschewsky die Umfrageergebnisse sehr zweifelhaft - DIE LINKE hatte vor vier Jahren bei den Landtagswahlen 27,4 Prozent. SPD-Landesgeschäftsführer René Lindenberg sprach von einer „Gefälligkeitsumfrage“.

## Neonazis

Die Landesregierung hat in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage von Katharina König bestätigt, dass es punktuell zu einer Annäherung zwischen der Neonazi-Szene und dem kriminellen Rockermilieu kommt. Ein in der Vergangenheit genutztes Objekt in Unterwellenborn, das so genannte „Alte Labor“, welches seit Jahren Treffpunkt der Rockerszene war, gehört nun offiziell einem „Angehörigen der rechtsextremistischen Szene Thüringens“, so das Innenministerium. Dort wohnende Personen sind sowohl in neonazistischen Zusammenhängen als auch im Bereich der Organisierten Kriminalität tätig und engagieren sich in Gruppierungen, die den Hells Angels zugehörig sind.

## Inklusion

Die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag hatte jetzt zu einem Projekttag „Vierfarbenland - Inklusion leben“ eingeladen. Die Aufführung des gleichnamigen Musicals - nach einem Bilderbuch von Gina Ruck-Pauquet und Ulrike Baier - durch Schüler der Suhler Dombbergschule und des Johann-Gottfried-Herder-Gymnasiums der Stadt sollte das Thema Inklusion im Bildungs- und Kulturbereich veranschaulichen und Impulse geben für die Diskussion mit interessierten Schülern, Lehrern und Fachleuten. Für die Veranstaltung mit Workshops unter dem Motto „Bunt lebt es sich besser - Gemeinsamkeit bereichert“ am 4. Juni in der Lobby des Thüringer Landtags hatten sich mehr als 60 Schülerinnen und Schüler aus Erfurt und Suhl angekündigt.